

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	bis TOP 7.
Frau Kramer	Controllerin	bis TOP 7.
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Grasse	FBL Zentrale Dienste	gesamte Sitzung
Herr Zobel	FGL IT	bis TOP 7.

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Hub	Vogtlandanzeiger - öffentl. Teil
Herr Riedel	Freie Presse - öffentl. Teil
Herr Gentsch	Stadtrat
Frau Gabriele Keilhack	TOP 6.

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.09.2019
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Vorstellung des HH-Planentwurfes 2020 und Diskussion
4. Information zum Arbeitsstand Fachgebiet Informationstechnik (Präsentation)
5. **Information**
Personalbericht 2018
Drucksachenummer:0068/2019
6. **Vorberatung**
- 6.1. Schwerpunkte der Stadtentwicklung
Drucksachenummer: 0039/2019
- 6.2. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Maßnahmenergreifung gegen Rechtsradikalismus in Plauen - *Reg.-Nr. 10-19*
7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 2. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25.09.2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, gibt folgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25.09.2019 bekannt:

Unbefristete Einstellung eines Arbeitnehmers im Geschäftsbereich I

Drucksachennummer: 0037/2019

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die unbefristete Einstellung eines Koordinators Digitalisierung im Geschäftsbereich I zum 01.01.2020.

Höhergruppierung einer Arbeitnehmerin im Geschäftsbereich Oberbürgermeister

Drucksachennummer: 0040/2019

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die Höhergruppierung einer Mitarbeiterin im Rechnungsprüfungsamt mit Wirkung vom 01.08.2019 im Zuge der Übertragung höherwertiger Aufgaben.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

keine

2. Einwohnerfragestunde

keine Anfragen

3. Vorstellung des HH-Planentwurfes 2020 und Diskussion

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, macht Ausführungen zu den verwaltungsrelevanten Themen des Haushaltsplanentwurfes 2020. Dies betrifft die Personalkosten und den Stellenplan. Dafür liegt der Planentwurf bei ca. 36,1 Mio. EUR.

Sie teilt mit, dass damit eine Personalkostensteigerung in Höhe von 1,85 Mio. EUR zu verzeichnen ist. Davon sind 1,13 Mio. EUR auf Tariferhöhungen, Änderungen der Wochenarbeitszeit auf Grund der gesetzlichen Anforderungen der pädagogischen Fachkräfte, Erhöhung der Arbeitgeberanteile und Verbeamtung im Bereich der Feuerwehr zurückzuführen. Die verbleibenden 720 TEUR setzen sich aus 623 TEUR für die Einrichtung von Planstellen im Erzieherbereich und 97 TEUR für zusätzliche Stelleneinrichtungen zusammen. Sie merkt an, dass alle diese Erhöhungen unabweisbar sind und es nicht viel Spielraum für Kürzungen gibt. Bei erneuten Einsparungen müsse man mit spürbaren Auswirkungen z.B. bei den Öffnungs- und Bearbeitungszeiten rechnen. Sie merkt an, dass in den letzten Jahren bereits viele Maßnahmen zur Personalreduzierung umgesetzt wurden.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, stellt fest, dass es zu diesem TOP keine weiteren Wortmeldungen gibt.

4. Information zum Arbeitsstand Fachgebiet Informationstechnik (Präsentation)

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, bittet Herrn Zobel, FGL IT, um Ausführungen zu diesem TOP.

Herr Zobel informiert über den Arbeitsstand der IT. Er führt zu folgenden Projekten aus, welche derzeit realisiert werden bzw. wurden:

- Deckensanierung in den Räumen der IT

- Update des Geoinformationssystems
- Rahmenvertrag für Lizenzen von Microsoft
- Umstellung des Vergabeverfahrens auf e-Vergabe
- Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows
- Erneuerung der zentralen Server sowie der Rechentechnik
- Einführung eines Clientmanagements (Ziel bis Ende 2019)

Ziele für die kommenden Monate sind:

- Umstellung der Server auf Windows 7
- Anbindung weiterer Fachgebiete für den Rechnungsworkflow
- Ausrollen der elektronischen Akte für weitere Fachbereiche
- Inbetriebnahme einer Terminalservicelösung
- weitere Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung

Er untermauert diese Projekte mit den entsprechenden Erfahrungen aus seinem Fachgebiet.

Zur Entwicklung führt er aus, dass sich die Kosten durch die steigende Nachfrage, beispielsweise an mobilen Arbeitsplätzen und durch Modernisierungen, wie durch den Einbau von elektronischen Türschlössern, erhöhen.

Dazu kommen Projekte von Bund und Land die umgesetzt werden sollen, welche ebenfalls zu Kostensteigerungen führen. Dies sind u.a.:

- Digitalisierungsprogramm Kommune 2025
- Online-Zugangsgesetz
- Serviceportal Amt 24
- EGVP (elektronischer Rechtsverkehr).

Zum Punkt Strategie informiert er, dass die Sicherung des Tagesgeschäftes höchste Priorität hat.

Des Weiteren sind die Neuanforderungen immer wieder zu überprüfen und es muss zu jeder Zeit die IT-Informationssicherheit gewährleistet sein. Weitere Strategien müssen für folgende Projekte entwickelt werden:

- Notfallsystem
- Vorbereitung und Ausbau der IT-Infrastruktur
- Budgetbeschaffung

Herr Zobel macht abschließende Ausführung zur internen Ausrichtung der IT.

Bürgermeister Särközy bedankt sich bei Herrn Zobel für die Präsentation und bittet um die Meinung der Ausschussmitglieder.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass in jedem Fachgebiet das Hauptaugenmerk auf der Entscheidungsmatrix liegen muss. Eine gute Matrix führt zu Arbeits- und Kostensparnissen.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, fragt an, ob ihm die Präsentation von Herrn Zobel, FGL IT, zugesendet werden kann.

Herr Särközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, sagt dies zu.

Herr Grünler möchte des Weiteren wissen, ob die Prozesse gemäß ITIL (Information Technology Infrastructure Library) bereits erfasst wurden.

Herr Frank Zabel, sachk. Einwohner SPD/Grüne/Initiative Fraktion, hat die Projekte aus der Präsentation mit dem Antrag seiner Fraktion vom 31.05.2017 abgeglichen. Er zeigt sich enttäuscht und merkt an, dass aus 2018 erst drei von elf Projekten und aus 2019 ein von vier Projekten zum heutigen Zeitpunkt umgesetzt wurden. Er gibt zu bedenken, dass sich auf Grund der personellen Situation solche Projekte in Zukunft noch länger hinziehen könnten und dass dies zu Einschränkung der Arbeit der ganzen Verwaltung führt. Er regt an, die Projekte schneller umzusetzen. Hierbei sieht er den Oberbürgermeister Ober-

dorfer und seine Bürgermeister in der Pflicht.

Herr Zobel führt aus, dass die vielen manuellen Prozesse derzeit elektronisch optimiert werden. Hierbei ist die IT jedoch auch abhängig von der Mitarbeit der Fachgebiete.

Frau Kramer, Controllerin, erläutert, dass bei der Beschreibung der Prozesse die Vorgaben des Landes Sachsen übernommen und entsprechend angepasst wurden. Beispielsweise wurden alle Prozesse (100) im Bereich Wahlen in Zusammenarbeit mit Herrn Kretzschmar, FGL Bürgerbüro/Wahlen/Statistik, sehr zeitintensiv erfasst. Prozesse im Einwohnermeldeamt sind derzeit ebenfalls in Arbeit.

Herr Zobel antwortet auf die Feststellung von Herrn Zabel zur Umsetzung von Projekten. Er bietet ihm einen gemeinsamen Abgleich an. Herr Zobel erklärt, dass sich andere, wichtigere Projekte und die Baumaßnahme dazwischen geschoben haben. In einigen Fällen, kann man abwarten, da von Bund und Land Projekte realisiert werden, worauf die Stadt als Grundlage zurückgreifen kann. Dies spart wiederum Kosten. Weiterhin erklärt er am Beispiel der Software des EMA, dass auch die Möglichkeit besteht, die Betreuung der Spezialsoftware auszulagern.

Herr Grünler empfiehlt, dass jeder Mitarbeiter seine Prozesse eigenständig beschreibt und dies dann zentral zusammengeführt wird. Nach eigener Erfahrung ist eine Fertigstellung nach einem halben Jahr möglich.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, wie die Auslagerung der Software des EMA zu verstehen ist.

Herr Zabel informiert, dass die KISA der Kommune Musterprozesse zur Verfügung stellen kann, welche nur noch abgeglichen werden müssten.

Frau Kramer teilt mit, dass in der Verwaltung einige Bereiche eigenständig Prozesse modellieren und dazu die Musterprozesse nutzen. Die Anpassung der Details erfordert trotzdem einen hohen Zeitaufwand.

Herr Zobel erläutert die Auslagerung von Programmen. Dabei sollten jedoch die Kosten beachtet werden.

Herr Zabel fragte an, ob das Projekt aus dem Jahre 2018 die „Überprüfung/Modernisierung der Notstromversorgung“ bislang einen Fortschritt erzielt hat.

Herr Zobel teilt mit, dass für die USV-Anlage eine Verbesserung erzielt wurde. Andere Festlegungen gibt es derzeit noch nicht.

5. Information

Personalbericht 2018

Drucksachenummer: 0068/2019

Frau Kramer, Controllerin, macht Ausführungen zur Vorlage und dem damit verbundenen Personalbericht 2018. Sie informiert, dass, wie von den Stadträten gewünscht, auch die Eigenbetriebe mit erfasst wurden. Sie geht auf die Darstellung auf den Seiten 12, 16, 18 und 20 näher ein. Frau Kramer informiert, dass der vorgegebene Personalstandsrichtwert für die Stadt Plauen von 9,3 VZÄ/1000 Einwohner seit Verlust der Kreisfreiheit unterschritten wird. Für das Jahr 2019 bedeutet dies ein rechnerisches Stellenminus von 56 Stellen und dies entlastet den Haushalt um reichlich 3 Mio. EUR.

Sie erläutert die Abbildung 13 auf Seite 28 und gibt an, dass die Schwankungen des Personals in den letzten Jahren darin begründet sind, dass die IT ausgelagert und wieder zurückgeführt wurde. Der Erzieheraufwuchs wurde mit Stelleneinsparungen in der Verwaltung kompensiert. Sie teilt mit, dass nicht nur Personal in der Verwaltung in den letzten Jahren eingespart, sondern durch zusätzliche Aufgaben, neu eingestellt wurde.

Frau Kramer erklärt die Tabellen und Abbildungen auf den Seiten 31, 37 und 41 des Personalberichtes 2018 und merkt an, dass die Personalkosten um 6% gestiegen sind.

Sie macht Ausführungen zu den Krankentagen (siehe Abbildung 26, Seite 46). Dazu wurde von der Krankenkasse eine Auswertung eingeholt und Vergleichsdaten des Deutschen Städte- und Gemeindetages herangezogen.

Weiter informiert Sie über die sechs häufigsten Krankheitsgruppen (siehe Abbildung 30, Seite 50), welche mit einem Wirtschaftsunternehmen identisch sind.

Abschließend wünscht sie sich Anregungen und Vorschläge für zukünftige Personalberichte.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, fügt hinzu, dass aus diesem Bericht Maßnahmen und Rückschlüsse gezogen werden können, um Wege und Strategien abzuleiten.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen von Frau Kramer. Er fragt an, wie viele Verbeamtungen im Bereich der Feuerwehr durchgeführt wurden und ob dadurch der Personalabgang gestoppt werden konnte.

Weiterhin möchte er den Sachstand zur Stelle des Jugendfeuerwehrwartes und zur Umstellung des Schichtsystems in der Feuerwehr wissen.

Er bittet um eine Darstellung, in welchen Bereichen es den höchsten Krankenstand gibt und welche Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, schließt sich den Fragen von Stadtrat Schmidt an. Er merkt zum Organigramm (Abbildung 1, Seite 7) an, dass das FG IT nach gesetzlicher Bestimmung direkt dem Oberbürgermeister unterstellt sein muss.

Er fragt an, wie sich auf Seite 33 (Abbildung 18) bei Sicherheit und Ordnung die 128,2 VZÄ zusammensetzen. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Kosten für Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter des FG IT in Höhe von 5.130 EUR (Tabelle 28, Seite 42) ausreichend sind. Ihm erscheinen diese Kosten auf Grund der Aufgabenfülle für zu gering.

Ergänzend zur Frage von Stadtrat Schmidt bezüglich des Krankenstandes möchte er wissen, welche Ursachen es für die hohe Anzahl an psychischen Erkrankungen (Abbildung 30, Seite 50) gibt.

Er regt an, ein zusätzliches Gesundheitsangebot für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung anzubieten.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP, bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und empfiehlt, den Personalbericht zukünftig in bunt auszudrucken, um eine bessere Lesbarkeit der Tabellen und Abbildungen zu erreichen.

Er möchte die Differenzen in Abbildung 3, Seite 13 bei dem Personalaufwuchs von 2015 zu 2018 in der allgemeinen Verwaltung und die Differenz bei den VZÄ erklärt haben.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, fragt nach der Entwicklung des Personals im Kita-Bereich und bittet eine um Einschätzung der Verwaltung.

Herr Frank Zabel, sachk. Einwohner SPD/Grüne/Initiative Fraktion, merkt an, dass ein Teil der Personalkosten unausweichlich sind. Jedoch sollte auch überprüft werden, ob alle Beschäftigte entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden. Er fragt an, welche Maßnahmen gegen die Überalterung des Personals und mangelnde Bewerbungen für ausgeschriebene Stellen getroffen werden.

Er verweist bezüglich der Krankentage auf eine Statistik des Instituts der Deutschen Wirtschaft, welche in 2016 durchschnittlich 17,4 Krankentage ausweisen. Er möchte wissen, was für eine Reduzierung der Krankentage getan wird.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, spricht erneut die Stelle des Jugendfeuerwehrwarts an und möchte über die Erfahrungen bei der Ausführung informiert werden. Sie bittet zusätzlich um Ausführungen zur Evaluierung und zur Personalbefragung.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, antwortet auf die Fragen von Stadtrat Schmidt, dass dieses Jahr zehn Verbeamtungen durchgeführt wurden und zwei noch folgen werden. Derzeit können noch keine Prognosen getroffen werden, aber aktuell gibt es keine Abgänge.

Sie erläutert, dass sich die Einrichtung der Stelle des Jugendfeuerwehrwarts schwierig gestaltet. Die Anforderungen sind sehr hoch und es wird schwierig, geeignetes Personal zu akquirieren.

Sie teilt mit, dass sich die Umstellung des Schichtsystems der Berufsfeuerwehr sich in der Prüfung befindet.

Frau Karliner informiert, dass die Stadtverwaltung im betrieblichen Gesundheitsmanagement tut, wozu sie verpflichtet ist. Dies umfasst die Bereiche Arbeitsschutz/-sicherheit und Arbeitsmedizin. Des Weiteren erfolgen Eingliederungsmaßnahmen. Gründe dafür liegen in der fehlenden personellen Kapazität. Dieses Thema wird bei der Mitarbeiterbefragung u.a. aufgegriffen. Dazu liegen fünf Angebote von Firmen vor, diese wurden ausgewertet und derzeit läuft eine Anfrage an alle Firmen. Sie gibt an, dass die Vergabe noch dieses Jahr erfolgt und die Befragung nächstes Jahr durchgeführt werden kann. Zur Entwicklung des Kita-Personals gibt sie an, dass das Personal an die Kinderzahlen angepasst wird. Sie merkt an, dass es in Sachsen den zweitschlechtesten Personalschlüssel gibt.

Bürgermeister Sárközy ergänzt, dass der generelle Personalaufwuchs damit begründet ist, dass der Stadt Plauen in der Vergangenheit zusätzlich Aufgaben übertragen wurden.

Frau Karliner äußert ergänzend, dass die Verwaltung in den kommenden Jahren den Altersdurchschnitt senkt. Weiter gibt sie an, dass die Bewerberzahlen abhängig von der ausgeschriebenen Stelle sind. Beispielsweise sind bei einer kürzlich ausgeschriebenen Stelle im Sekretariat 90 Bewerbungen eingegangen, wiederum gibt es im Stadtplanungsbereich große Probleme. Dies ist jedoch in der geringeren Vergütung im Vergleich zur Wirtschaft und im Fachkräftemangel begründet. Sie fügt hinzu, dass Ausschreibungen auf dem Internetportal „Interamt“, auf der eigenen Homepage und durch die Agentur für Arbeit erfolgen. Einige Stellenausschreibungen werden auch in der lokalen Presse veröffentlicht. Perspektivisch soll es die Möglichkeit der Onlinebewerbung bei der Stadtverwaltung geben. Sie stellt fest, dass die Bezahlung der Mitarbeiter auf Grundlage der zu erfüllenden Aufgaben erfolgt und nicht nach Qualifikation. Hierbei gibt es in der Regel keine gesetzlichen Vorgaben. Jedoch werden bei einer Stellenausschreibung die Qualifikationen entsprechend angepasst.

Bürgermeister Sárközy teilt auf die Frage von Herrn Grünler mit, dass der Fachbereich Sicherheit und Ordnung nicht nur aus den Außendienstmitarbeitern besteht. Er zählt die entsprechenden Fachgebiete auf.

Frau Kramer ergänzt dazu Ausführungen zu den Produktbereichen.

Herr Geisler, hätte gerne in der Abbildung 3 auf Seite 13 des Personalberichtes 2018 die Differenz zwischen dem allgemeinen Verwaltungsstellenaufwuchs und der Gesamtanzahl der Beschäftigten erklärt. Er möchte wissen, warum es einen Aufwuchs von 30 Stellen in der Verwaltung im Vergleich der Jahre 2015 und 2018 gibt.

Bürgermeister Sárközy, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Schmidt möchte wissen in welchem Bereich die meisten Erkrankungen vorliegen.

Frau Kramer, antwortet, dass diese Daten bisher nicht ausgewertet wurden.

Frau Karliner, teilt mit, dass geprüft wird, ob die Daten ausgewertet werden können und dürfen.

Bürgermeister Sárközy sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Zobel, Fachgebietsleiter IT, teilt zu den Schulungskosten der IT mit, dass die Stadtverwaltung bei einigen Anbietern Ermäßigungen erhält. Des Weiteren werden diese bereits bei den Vergabekosten mitveranschlagt. Die hier angegebenen Schulungskosten sind unabhängig von den durchzuführenden Projekten zu betrachten. Es werden in der Praxis auch Personen eingeladen, die dann alle Mitarbeiter schulen. Hierbei werden ebenfalls Kosten gespart.

Frau Kramer antwortet auf die Frage von Herrn Zabel bezüglich der Krankentage. Sie teilt mit, dass die Krankenkassen keine Karenztage erfassen. Somit können diese Statistiken als Ver-

gleich nicht herangezogen werden.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen nimmt den Personalbericht 2018, Informationsvorlage **Drucksachennummer 0068/2019** zur Kenntnis.

6. Vorberatung

6.1. Schwerpunkte der Stadtentwicklung

Drucksachennummer: 0039/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, macht Ausführungen zur Vorlage, welche auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückgeht. Er bittet um Diskussion und Mitwirkung der Fraktionen. Er informiert, dass über den Antrag **Reg.-Nr. 19-19** der Fraktion DIE LINKE nicht abgestimmt wird. Diskussion und Abstimmung soll im Wirtschaftsförderungsausschuss erfolgen. Bürgermeister Sárközy erläutert die Anlage 1 zur finanziellen Darstellung der Förderprogramme. Des Weiteren informiert er, dass das Förderpaket in Höhe von 50 Mio. EUR in der Darstellung 2018-2026 nicht enthalten ist. Für die Realisierung aller Maßnahmen wird die befristete Einstellung von neuen Mitarbeitern notwendig sein.

Er beschreibt die Konzepte der Anlage 2. Dabei wird unterschieden nach Projekten mit einer langfristigen Ausrichtung, z.B. das integrierte Stadtentwicklungskonzept, laufende Stadtentwicklungsmaßnahmen, wie das Weisbachsche Haus, die Schlossterrassen und die östliche Bahnhofsvorstadt und nach Sonderprojekten, wie die Modellkommune Plauen. Eine weitere Kategorie ist die Stadtentwicklung in der Anschubphase, dazu sind die finanziellen Mittel vorhanden und für die Umsetzung werden derzeit entsprechende Konzepte und Vorlagen erarbeitet. Hierbei nennt er das Projekt Rekonstruktion und Abrundung der westlichen Innenstadt einschließlich Errichtung eines Dokumentationszentrums für die Revolution.

Die Umsetzung der jeweiligen Projekte erfolgt auf Grundlage der entsprechenden Beschlüsse in den Ausschüssen bzw. im Stadtrat.

Folgende Konzepte sollen in Zukunft geplant werden:

- Aufwertung der Bahnhofstraße
- Ausbau der sozialen Kompetenzen (z.B. „östliche Bahnhofsvorstadt“ bereits erfolgt)
- Erhaltung Straßenbahn (Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan, Vorlage soll im 1. Quartal 2020 beraten werden)
- Ausbau der Radwege

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass Intension des Antrages war, dass die Stadträte erfahren, an welchen Projekten die Verwaltung derzeit arbeitet. Dazu soll herausgefunden werden, ob die Projekte durch den Stadtrat gewollt sind. Er schlägt vor, dass die Vorlage in den Fraktionen diskutiert wird und zu dieser Ausschusssitzung keine Abstimmung erfolgt.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, regt an, dass der Antrag **Reg.-Nr. 19-19** ihrer Fraktion in die Beurteilung der anderen Fraktionen einbezogen wird. Ziel ihrer Fraktion sei es, eine gute Umweltpolitik zu verfolgen. Sie möchte, dass in der Anlage 2 nicht nur Baumaßnahmen aufgenommen, sondern die Projekte umfassend auch mit sozialen Aspekten beschrieben werden.

Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass über die Vorlage im Stadtbau- und Umweltausschuss nur beraten wurde und im Dezember erneut auf die Tagesordnung zur Beschlussfassung kommt. Anträge der Fraktionen können auch schon im Wirtschaftsförderungsausschuss behandelt werden.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, fragt, ob den 19 Einzelkonzepten auch ein Gesamtkonzept zu Grunde liegt. Er möchte zudem wissen, ob die EFRE-Fördermittel durch die Verwaltung oder durch Externe beantragt wurden.

Bürgermeister Sárközy antwortet darauf, dass es sich bei dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ (Nr. 1 Anlage 2) um das Gesamtkonzept handelt, welches bis 2022 gilt. Dieses wird entsprechend fortgeschrieben. Er merkt an, dass die Erarbeitung dieser Konzepte sehr zeitintensiv ist und dabei neueste Entwicklungen mit einbezogen werden.

Er teilt mit, dass das EFRE-Konzept intern erstellt und durch externe Firmen unterstützt wurde.

Bürgermeister Sárközy sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der *Drucksachenummer 0039/2019* zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestätigt die in der Begründung beschriebenen Schwerpunkte der Stadtentwicklung.

6.2. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Maßnahmenergreifung gegen Rechtsradikalismus in Plauen - Reg.-Nr. 10-19

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, bittet den Antragsteller um Ausführungen zum Antrag.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass mit diesem Antrag die demokratische Alltagskultur und das Vorgehen der Verwaltung gegen Rechtsradikalismus gestärkt werden soll. Er führt aus, dass Städte und Gemeinden in Oberfranken bereits erfolgreich Maßnahmen gegen den III. Weg ergriffen haben. Dadurch wurde erreicht, dass die Mitglieder weggezogen sind. Beispielsweise sollte gegen das Anbringen von Fahnen an Hauswänden, welche verfassungswidrig sein könnten, vorgegangen werden.

Bürgermeister Sárközy informiert, dass die Verwaltung diesen Antrag kritisch sieht. Er gibt zu bedenken, dass auch Linksextremismus die Demokratie gefährden kann und es nicht sinnvoll ist, nur die Symptome zu bekämpfen. Es sollten die Ursachen erforscht werden. Er teilt mit, dass nach seinem Kenntnisstand die benannte Fahne nicht verfassungswidrig ist. In erster Linie sei hier der Verfassungsschutz für solche Angelegenheiten zuständig und nicht die Kommune.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP, bemerkt, dass es zwischen dem Antragstext und der Begründung Differenzen gibt. Es werde zu rechtswidrigem Verhalten aufgerufen. Des Weiteren werden keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen. Er weist darauf hin, dass der III. Weg eine zugelassene Partei ist und die Kommune nicht darüber entscheidet, ob diese Vereinigung verfassungskonform ist oder nicht. Herr Geisler schlägt vor, alle Extremismusformen in den Antrag einzu beziehen. Darüber hinaus schlägt er die Förderung der Jugendarbeit in diesem Bereich vor.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, schließt sich der Auffassung an, dass die Verwaltung mit solchen Aufgaben, auch im Hinblick auf die Personalpolitik, nicht belastet werden sollte. Er spricht sich für eine Ausweitung des Antrages aus.

Stadtrat Fiedler möchte nochmals die Intension des Antrages erläutern und teilt mit, dass es derzeit in Plauen nur rechtsextreme und keine linksextremen Gruppierungen gibt. Ausführungen zu konkreten Maßnahmen werden dann im Rahmen der Haushaltsdiskussion vorgestellt. Dieser allgemeine Antrag soll lediglich der Verwaltung den Rücken stärken und keinesfalls zu rechtswidrigem Handeln aufrufen, sondern erreichen, dass rechtskonforme Maßnahmen ergriffen werden. Das hartnäckige Vorgehen der bayrischen Verwaltung sollte man sich zum Vorbild nehmen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP Fraktion, ist grundsätzlich gegen jegliche Form von Extremismus. Er schließt sich der Auffassung des Bürgermeisters Sárközy an, dass es schwierig sein wird, die Verwaltung in diese Aufgabe einzubeziehen. Er schlägt vor, die vorhandenen Gremien, wie z.B. den Runden Tisch, aktiver zu nutzen.

Dort würde er sich wünschen, dass sich Vertreter von Stadt und Landkreis stärker einbringen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, versteht die Intension, welche von diesem Antrag ausgeht und schließt sich seinem Vorredner was den Radikalismus angeht an. Er sieht die Verwaltung einschließlich des Oberbürgermeisters jedoch schon in der Pflicht. Er rät auf Grund der Uneinigkeit über den Antrag, dass es keine Abstimmung darüber gibt und erst einmal mit

dem Oberbürgermeister ein Gespräch geführt wird.

Bürgermeister Sárközy regt an, dass der Runde Tisch sich nach den Streitigkeiten in der Vergangenheit wieder zusammenfindet und solche Aufgaben angeht sowie den radikalen Tendenzen entgegen wirkt. Er sagt seine Unterstützung zu.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass die Justiziere und die Polizeibehörde auch Teil der Verwaltung sind und demzufolge der Antrag richtig sei.

Herr Geisler widerspricht der Aussage von Herrn Grünler. Er liest den Antragstext vor und sieht es kritisch, dass die Einholung von Informationen zur Lösung der Probleme führen soll.

Er merkt an, dass eine Abgeordnete im Bundestag einen Ordnungsruf erhalten hat, weil sie ein Zeichen trug, dass auch Herr Grünler jetzt im Ausschuss offen trägt.

Er fragt sich, was von der Verwaltung erwartet wird und was die Polizeibehörde tun soll, wenn sie eine Feststellung während der Dienstverrichtung dahingehend macht. Er sieht keine Eingriffsbefugnisse.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass es wichtig ist, sich mit anderen Kommunen zu vernetzen.

Stadtrat Gerbeth stellt fest, dass es unterschiedliche Auffassungen zum Antragstext gibt. Er merkt an, dass Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus unterschiedlich zu betrachten sind. Der III. Weg ist eine zugelassene Partei und so sollte auch mit ihr umgegangen werden.

Bürgermeister Sárközy schlägt vor, dass der Antrag überarbeitet wird. Er sieht eine vorherige Diskussion mit dem Oberbürgermeister dazu als wenig zielführend.

Stadtrat Fiedler ist der Meinung, dass der Antrag deutlich formuliert wurde und nicht gegen eine Bewegung sondern gegen die daraus hervorgegangene Handlung abzielt. Es sollten alle Rechtswege ausgeschöpft werden. Insgesamt kann dadurch für die ganze Gesellschaft etwas Gutes erreicht werden.

Bürgermeister Sárközy möchte wissen, wie mit dem Antrag weiter verfahren wird.

Herr Geisler gibt zu bedenken, dass die bayrischen Behörden in der Vergangenheit gegen einen Verein vorgegangen sind. Erst in Sachsen wurde eine Partei gegründet, gegen die ein Vorgehen schwieriger ist. Er kritisiert, dass der Oberbürgermeister für die Vorkommnisse zum 1. Mai verantwortlich gemacht wurde, obwohl er keine Handhabe hatte.

Stadtrat Fiedler, informiert, dass über den Antrag nochmals gesprochen wird. Er ist jedoch der Auffassung, dass die Intension verdeutlicht wurde. Er möchte über den Antrag dennoch abstimmen lassen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmten über den Beschlussvorschlag des Antrages **Reg.-Nr. 10-19** der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion wie folgt ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, alle gesetzeskonformen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den bestehenden Rechtsradikalismus in Plauen einzudämmen und nach Möglichkeit aus der Stadt zu verdrängen. Dazu wird zusätzlich die Verwaltung und deren Vertreterinnen und Vertreter, insbesondere der Oberbürgermeister, angeregt, entsprechende Informationen über Fortbildungen, Beratungen, bestehende Netzwerke u.ä. einzuholen sowie aktiv in Netzwerken zum Thema (bspw. Bündnis für Demokratie und Toleranz) in Sachsen Mitglied zu werden.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja 5 Nein 1 Enthaltungen

7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

keine

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den 13.11.2019

Plauen, den

Kristin Martin
Schriftführerin

Thomas Fiedler
Stadtrat